Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 2

Artikel: Die Gemeindewahlen in der Stadt Zürich vom 24. September 1933
Autor: Roth, Fritz
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-338804

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Profil

Dr. Fritz Roth

Die Gemeindewahlen in der Stadt Zürich vom 24. September 1933

Zürcher Wahlen stossen meist in der ganzen Schweiz auf reges Interesse, lässt die politische Szene Zürichs doch in der Regel Rückschlüsse auf parteipolitische Entwicklungstendenzen zu. Besondere Aufmerksamkeit wird den Zürcher Wahlen zuteil, wenn neue Parteien auftreten. Das ist dieses Frühjahr mit der erstmaligen Beteiligung der Republikaner der Fall.

Bei dieser Gelegenheit sei kurz zurückgeblendet auf die Stadtzürcher Kommunalwahlen, die im politisch so entscheidungsreichen Jahr 1933 stattfanden und die wie nie zuvor und nachher die Gemüter weit über den lokalen Rahmen hinaus erregten. Die damalige politische Lage in der Schweiz (1) wie die besondere Situation in Zürich waren geeignet, den Wahlen eine grosse Tragweite zu geben.

Zürich — «rot» oder «vaterländisch»?

Wegen der Eingemeindung der Vororte Oerlikon, Seebach, Schwamendingen, Affoltern, Witikon, Altstetten und Albisrieden, die die neuen Stadtkreise 9, 10 und 11 bildeten, fanden im Herbst 1933 vorzeitig Erneuerungswahlen für die Gemeindebehörden statt. Die Sozialdemokraten besassen seit 1928 fünf von neun Sitzen im Stadtrat (Exekutive), seit 1931 im 125köpfigen Gemeindeparlament (Grosser Stadtrat, ab Herbst 1933 Gemeinderat) 63 von 125 Sitzen, in beiden Behörden also die absolute Mehrheit (2). Seit 1928 stellten sie mit Dr. Emil Klöti auch den Stadtpräsidenten.

Der neue Umfang des Gemeinwesens brachte ein erstes Moment der Unsicherheit in die Wahlen. Zudem beteiligten sich zwei neue Parteien: die Bauern- und Bürgerpartei und die *Nationale Front*. Während von der ersteren kein grösserer Einbruch ins bestehende Parteiengefüge zu erwarten war, bildete das Abschneiden der ideologisch stark unter dem Einfluss des Nationalsozialismus stehenden Nationalen Front, die ausser dem Marxismus auch dem verrotteten Parteienwesen, der ausgeleierten parlamentarischen Demokratie, dem liberalen System ganz allgemein den Kampf bis aufs Messer angesagt hatte, die grosse Unbekannte. Würde der Sturmwind der «nationalen Erneuerung» das sozialdemokratische Regime hinwegfegen? Niedergang oder Standhalten der Sozialdemokratie, Aufstieg oder Fiasko der Nationalen Front: Das war zunächst die Frage.

Für die bürgerlichen Parteien war das Ziel klar gegeben: Zurückgewinnung der 1928 verlorengegangenen bürgerlichen Mehrheit. Erstmals bei kommunalen Wahlen war 1933 Listenverbindung möglich. Dass die bürgerlichen Parteien davon Gebrauch machen würden, war vorauszusehen. Ein Miteinbeziehen der Nationalen Front schien aber vorerst namentlich für die grösste bürgerliche Partei, die Freisinnigen, nicht im Bereich des Möglichen zu liegen. Abgesehen von der erklärten bisherigen Gegnerschaft: Drei Wochen vor den Zürcher Wahlen verteidigten die Schaffhauser Freisinnigen in einer Ständeratsersatzwahl ihre Position gegen einen Angriff der Neuen Front (3). Bei dieser Wahl nahm auch der Zürcher Freisinn gegen einen Einbruch des Frontismus ins demokratische System Stellung und rief zur Verteidigung der liberalen und demokratischen Grundsätze auf. Durfte man zur gleichen Zeit diese Grundsätze preisgeben, wenn man dadurch die Unterstützung der Fronten im Kampf um die bürgerliche Mehrheit einhandeln konnte?

Einheitsfront gegen links: Der Bund für Volk und Heimat als treibende Kraft

Die Christlichsozialen und Jungradikalen drängten zu einer Koalition mit der Nationalen Front. Die Rechtsfreisinnigen, publizistisch unterstützt von der «NZZ», waren bereit, dem Kampf gegen die Sozialdemokratie viel zu opfern. Ohne das zielbewusste und beharrliche Wirken des *Bundes für Volk und Heimat* (BVH) wäre die unheilige Allianz aber kaum zustande gekommen. Der BVH ergriff die Initiative zu innerparteilichen Besprechungen mit dem Ziel, der «roten Tyrannei» einen geschlossenen bürgerlich-frontistischen Block gegenüberzustellen. Da er vornehmlich hinter den Kulissen agierte, wird meist gänzlich übersehen, welche Rolle er bei den Wahlen spielte. Gerade diese Spätgründung des Frontenfrühlings hätte aber bei einem weiteren Umsichgreifen des Frontismus der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung gefährlich werden können. Im BVH, von den Gegnern als «Bund vornehmer Herren» bezeichnet, waren nicht junge «Stürmer und Dränger» am Werk, sondern Leute, die genau wussten, was sie wollten, und die über die nötigen Mittel verfügten, um ihren Bestrebungen Nachdruck zu verschaffen. Diese überparteiliche Vereinigung wollte nicht als Sprengpulver in den bürgerlichen Parteien wirken wie verschiedene andere Fronten. Sie hatte es vielmehr darauf angelegt, die Kräfte der Reaktion, gleichgültig in welcher Partei oder Wirtschaftsgruppe diese sich fanden, zu einer Einheitsfront zu sammeln. Die massgebende Rolle, die freisinnige Wirtschaftskapitäne in ihm spielten, gab der Vermutung Nahrung, die Gründung sei von finanzstarken Kreisen betrieben worden, um das Wasser der «nationalen Erneuerung» auf ihre Mühlen zu lenken. Die Führerschaft des BVH setzte sich vor allem aus Persönlichkeiten der Grossindustrie, der Finanzwelt, des Offiziersstandes, aus Akademikern und am Anfang auch einigen Bauernpolitikern zusammen. Hier

seien nur einige Namen herausgegriffen: Oberstdivisionär Eugen Bircher, Gründer des Vaterländischen Verbandes, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft; Dietrich Schindler, Generaldirektor der Maschinenfabrik Oerlikon; Caspar Jenny, Textilfabrikant; Louis C. E. Dapples, Verwaltungsratspräsident der Nestlé; Rudolf Bindschedler, Generaldirektor der Schweizerischen Kreditanstalt; Samuel Haas, Direktor der «Schweizer Mittelspresse».

Die Programmpunkte des BVH liefen auf einen Abbau auf dem Gebiete der Sozialpolitik und eine Beschränkung demokratischer Rechte hinaus. Der besondere Hass des Bundes galt den Organisationen der Arbeiterbewegung.

Die Wahlen vom 24. September waren für den BVH eine Gelegenheit unter verschiedenen, seine Einheitsfrontpolitik zu betreiben.

«Harus! wir wollen's wagen: Den Roten an den Kragen!» (3)

Das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien und den Fronten war bemerkenswert: eine ungewohnt breite antisozialistische, «vaterländische» Phalanx kam zustande. Nicht weniger als fünf Parteien und fünf weitere politische Organisationen bekannten sich zu ihr. Die zehn Partner der Kampfgemeinschaft setzten sich zum Ziel, in einer «vaterländischen Aktion» dem roten Regiment in Zürich ein Ende zu bereiten. Bei den fünf Parteien handelte es sich um die Freisinnigen, die Christlichsozialen, die Evangelische Volkspartei, die Bauern- und Bürgerpartei und die Nationale Front. Ihnen schlossen sich folgende Gruppen an: der Bund für Volk und Heimat; die Eidgenössische Front, 1931 zur Bekämpfung der AHV ins Leben gerufen, Verfechterin einer aristokratischen Staatsform; die Jungradikale Bewegung (7); die Neue Schweiz, eine im Frontenfrühling zur Verteidigung der Interessen des gewerblichen Mittelstandes und Detailhandels gegründete Organisation; die Union Civique Romande, der vom Korrespondenten der «Gazette de Lausanne», Aymon de Mestral, geleitete Welschenverein. Die grosse Bedeutung der bürgerlich-frontistischen Koalition lag darin, dass die Nationale Front, deren antidemokratisches Wesen trotz dem für die Wahlen zurechtgelegten Lippenbekenntnis zur Demokratie offenkundig war, von den bürgerlichen Parteien als bündnisfähige Partnerin anerkannt wurde.

Als einzige bürgerliche Partei schlossen sich die *Demokraten* nicht dem vaterländischen Block an. Ihr Parteivorstand hatte sich bereits für eine allbürgerliche Wahlallianz ausgesprochen, ein Zusammenspannen mit der Nationalen Front wurde aber von einer städtischen Parteiversammlung mit 103 zu 53 Stimmen abgelehnt.

Auf frontistischer Seite stand ebenfalls nur eine Gruppe abseits: die älteste deutschschweizerische Front, die 1925 in Zürich entstandene *Schweizer Heimatwehr*.

Für die Gemeinderatswahlen gingen die fünf Parteien Listenverbindung

ein. Für die Stadtratswahlen einigte man sich auf eine Sechserliste (4). Auf ihr figurierten vier bisherige Bürgerliche und neu der Demokrat Dr. Robert Briner (zugleich Kandidat für das Stadtpräsidium) sowie Dr. Robert Tobler, Zürcher Gauführer der Nationalen Front, als «Vertreter der nationalen Erneuerung». Die Demokraten präsentierten eine Liste mit den bürgerlichen Kandidaten ohne Tobler.

Die Sozialdemokraten portierten ihre fünf bisherigen Stadträte und als Stadtpräsident wiederum Dr. Klöti.

«Die Lehren der Geschichte . . .»

Wie die Nationale Front, die noch im Frühsommer ein Paktieren mit dem Bürgertum bei den Wahlen weit von sich gewiesen hatte, die Verbrüderung verstand, ging aus den Äusserungen hervor, die unmittelbar nach dem Zustandekommen der Allianz in ihrem Kampfblatt gemacht wurden. *«Der Einbruch der Front in die Parteien bedeutet den Anfang der Liquidierung des alten Parteienstaates!»*, wurde zum Beispiel verkündet (5). Es gehe darum, einen Gegner gegen den anderen auszuspielen, um der Nationalen Front den Weg zum Aufstieg rascher zu öffnen. «Die jüngste Vergangenheit gibt uns da treffliche Lehren. Nationalsozialismus und Faschismus haben in den ersten Jahren des Aufstieges abwechslungsweise den Kampf bald gegen links, bald gegen rechts geführt. Erst als diese Bewegungen die Macht innehatten, wagten sie den gleichzeitigen Zweifrontenkampf. (. . .) Aus diesen Lehren der Geschichte . . . gilt es heute für uns die realpolitischen Folgerungen zu ziehen.» (6)

In bezug auf den Ausgang der Wahlen zeigte sich die Front optimistisch, hielt sie doch den von ihr betriebenen Rummel für Volksstimmung: «Der Kampfeswille gegen die roten Vaterlandsverräter, Klassendiktatoren, Judenimporteure, Partei- und Gewerkschaftsbonzen in unserer zürcherischen Stadt- und Landbevölkerung ist stark und die Nationale Front darf diesen nicht missachten und beiseite stehen», schrieb ihr Blatt am 12. September (7).

«Der grosse, entscheidende Zweck»

Dass der Wahlkampf bei den gegebenen Voraussetzungen aussergewöhnliche Dimensionen annahm, verwundert nicht. Weniger verständlich war indes die Masslosigkeit der Demagogie, zu der sich der Bürgerblock durch die Fronten drängen liess. Das rote Kommunalregime konnte nicht aufgrund von Fakten der Misswirtschaft oder anderer Verfehlungen bezichtigt werden. Ein Verrat von Grundsätzen liess sich demnach nicht durch ein höheres Interesse rechtfertigen. Grobe Tatsachenentstellungen und Unterschiebungen mussten daher sachliche Argumente ersetzen. Auch freisinnige Zeitungen, die etwas Distanz zu den Vorgängen in Zürich hatten, entsetzten sich ob der Hemmungslosigkeit, mit der haltlose Anschuldigungen gegen die sozialdemokratische Verwaltung verbreitet wurden. Zutreffend charakterisierte die freisinnige «National-Zeitung» den Wahl-

kampf des Bürgerblocks: «Das Bürgertum wittert Morgenluft, glaubt den Tag der Abrechnung mit den ‚Marxisten' für gekommen und nimmt den Kampf um die politische Vormachtstellung mit der Linken auf. Aber um welchen Preis! Der Liberalismus verleugnet seine Ideen und paktiert mit seinem hasserfüllten Gegner. Er kämpft mit den Waffen aus dem Schlagwortarsenal einer ausländischen Waffenfabrik. Man redet von Ausrottung des ‚Marxismus' und des Klassenkampfes – als ob gegen den Klassenkampf, diesen Ausfluss der bestehenden Klassengegensätze, ein anderes Mittel existiere als die Herbeiführung gerechter Zustände. Und da man seine eigenen Grundsätze verleugnet, muss der Kampf *persönlich* geführt werden. Noch nie wurde ein Wahlkampf in Zürich mit solchem Kraftaufwand, *mit so viel Hass und persönlicher Verunglimpfung des Gegners* geführt. Man trieb eine schamlose Politik der Lügen und warf in Plakaten, Flugblättern und Zeitungsinseraten dem Gegner längst widerlegte Dinge vor. Solch eine Entartung des politischen Kampfes *führt zwangsweise zur Katastrophe . . .*» (8)

Am Ende des Wahlkampfes schienen selbst der «NZZ», die mit in vorderster Front der bürgerlichen Kampagne gestanden hatte, Zweifel an der Tauglichkeit der angewandten Kampfweise zu kommen. Vielleicht fühle «der eine oder andere sich durch irgendwelche Einzelheit im Wahlkampf, durch die Konstellation der bürgerlichen Front, durch Äusserungen in der Propaganda unliebsam berührt», schrieb das Blatt in einem letzten Aufruf. «Diesen möchten wir zu bedenken geben, dass es um die Sache und nicht um diese äusseren Formfragen geht. Und in der Sache sind wir alle einig: *Es muss ein Ende haben mit dem roten Zürich,* heute und morgen muss die Stadt wieder unser werden, und diesem grossen, entscheidenden Zweck muss sich alles andere unterordnen.» (9)

«Weiheakt der vaterländischen Aktion»

Durch die ungewohnten Wahlkampfmethoden entstand eine unheilvoll gespannte politische Atmosphäre in der Stadt. Als die Frontisten in den letzten Nächten vor dem Wahltag Plakate besudelten, beschädigten und mit Zetteln überklebten, auf denen sie zur Unterstützung der Front im Kampf gegen den zersetzenden Geist der Juden, Freimaurer und Bonzen aufriefen, bildeten die Sozialdemokraten Plakatschutzgruppen, die in der Nacht vom 22. auf den 23. September auf Fahrrädern patrouillierten. Zwei dieser Gruppen wurden von Mitgliedern der Nationalen Front überfallen und geschlagen, ihre Fahrräder demoliert. In einem Fall standen etwa 20 Frontisten fünf Sozialdemokraten gegenüber. Ein Sozialdemokrat musste ins Spital eingeliefert werden. Die Polizei konnte elf Frontisten festnehmen. Diese Zwischenfälle erhöhten die Erregung in der Arbeiterschaft bis zur Explosionsgefahr. Unter diesen Umständen musste vom Fackelzug, den die Parteien und Fronten des vaterländischen Blocks am Vorabend des Wahltags als Abschluss und «Weiheakt der vaterländischen

Aktion» (10) durch die Arbeiterviertel nach Wiedikon und Aussersihl führen wollten, Schlimmes befürchtet werden. Das «Volksrecht» mahnte Partei und Arbeiterschaft eindringlich, sich nicht provozieren zu lassen und sich unter keinen Umständen zu Tätlichkeiten hinreissen zu lassen. (11) Auch der Stadtrat rief die Bevölkerung auf, ruhig Blut zu bewahren. Trotzdem geschah das Unvermeidliche: Der etwa 1500 Mann starke Zug, in dem die Nationale Front das Hauptkontingent stellte, stiess im jenseits der Sihl gelegenen «roten» Zürich auf Widerstand von Arbeitern, und bald entstand ein unbeschreiblicher Tumult. Zahlreiche Verletzte und 18 Verhaftungen waren die Folge.

Die Entscheidung zwischen «Marxismus» und «Vaterland» fiel aber nicht auf der Strasse, sondern an der Wahlurne:

Dreifacher roter Sieg

Die Wahlen brachten einen Erfolg der Sozialdemokraten auf der ganzen Linie. Hervorstechendes Ergebnis der *Gemeinderatswahlen* war, dass die Sozialdemokratie als einzige der bisherigen Parteien ihren Besitzstand wahren, ja sogar leicht ausbauen konnte. Bei einer Wahlbeteiligung von 85 Prozent stimmten 47,8 Prozent aller Wähler sozialdemokratisch (1931: 47 Prozent). (12) Die Sozialdemokraten verfügten damit auch in Gross-Zürich über eine höhere Stimmenzahl als alle bürgerlichen Parteien zusammen.

Zweites Hauptmerkmal war der gewaltige Stimmenrückgang der führenden bürgerlichen Partei, der Freisinnigen. Hatte ihr Stimmenanteil 1931 noch einen Viertel ausgemacht, so betrug er nun im neuen Stadtgebiet noch 16,9 Prozent. Aber nicht nur die Freisinnigen, sondern auch die weiteren bisherigen Parteien erlitten Einbussen auf Kosten der neuen Parteien. Bei den Bürgerlichen wurden neben der Evangelischen Volkspartei und der Vereinigten bürgerlichen Liste des fünften Kreises die Christlichsozialen am stärksten betroffen. Ihr Stimmenanteil sank von 9,8 Prozent auf 8,3 Prozent. Am besten hielten sich stimmenmässig die Demokraten, wenn auch sie nicht ungeschoren davonkamen. Ihr Anteil ging von 8,1 Prozent auf 7,5 Prozent zurück. Der Anteil der Kommunisten reduzierte sich von 5,8 Prozent auf 4,7 Prozent.

Drittes wichtiges Resultat der Gemeinderatswahl war der relative Erfolg der Nationalen Front auf Kosten der bürgerlichen Parteien. Sie konnte sich 7,7 Prozent der Gesamtstimmenzahl sichern und wurde damit auf Anhieb die drittstärkste «bürgerliche» Partei, knapp hinter den Christlichsozialen, aber noch vor den Demokraten. Sie war innerhalb des vaterländischen Blocks einzige Nutzniesserin des bürgerlich-frontistischen Wahlpaktes. Die Bauern- und Bürgerpartei erhielt einen Stimmenanteil von 4,2 Prozent.

Die Sitzverteilung im Gemeinderat ergab folgendes Bild: Sozialdemokraten 63 (bisher 63), absolute Mehrheit; Freisinn 28 (bisher 35), Kom-

munisten 2 (bisher 6). Die Evangelischen verloren ihren bisherigen Sitz. Der Anschluss der Christlichsozialen an den Vaterländischen Block wurde dank der Listenverbindung mit einer Erhöhung der Sitzzahl von 11 auf 13 (trotz prozentualem Rückgang) honoriert, während die Demokraten ihre konsequente Haltung mit einem Rückgang der Sitzzahl von 9 auf 6 bestraft sahen. Die Nationale Front errang 10 Sitze, die Bauern- und Bürgerpartei 3.

Ohne jegliche Listenverbindung, bei sonst gleicher Situation, hätten die Sozialdemokraten 71 statt 65, die Freisinnigen 25 statt 28, die Christlichsozialen 6 statt 13 (!), die Demokraten 8 statt 6, die Nationale Front 9 statt 10, die Kommunisten 4 statt 2, die Bauern- und Bürgerpartei 2 statt 3 Sitze erhalten.

Bei den *Stadtratswahlen* führten die sozialdemokratischen Kandidaten das Feld mit grossem Vorsprung vor den bürgerlichen an. (13) Innerhalb des Bürgerblocks war der Frontist Tobler deutlich abgeschlagen. Er errang 26 727 Stimmen, 6353 weniger als der nächstfolgende Bürgerliche. Dass die Ablehnung Toblers über den Kreis der offenen Gegnerschaft der Demokraten hinausging, geht aus dem Vergleich seiner Stimmenzahl mit der Zahl von 37 403 bei den Gemeinderatswahlen eingelegten bürgerlichen Wahlzetteln hervor: Etwa 10 700 bürgerliche Wähler stimmten nicht für Tobler. Davon waren höchstens 5800 Demokraten. Tobler und der bisherige Christlichsoziale Buomberger fielen als überzählig aus der Wahl. Wegen des Rücktritts von R. Briner, der ja vor allem als Sprengkandidat für die Stadtpräsidentschaft fungiert hatte, fand am 3. Oktober eine Nachwahl statt, bei der wieder Buomberger zum Zug kam, so dass an der Spitze von Gross-Zürich wiederum dieselben Männer standen wie am Schluss der vorangegangenen Amtsperiode.

Bei der *Stadtpräsidentenwahl* wurde Klöti glänzend bestätigt. Er erhielt 40 401 Stimmen, der bürgerliche Gegenkandidat R. Briner 30 178 Stimmen.

Heilsame Ernüchterung

Der Wahlausgang wirkte auf bürgerlicher Seite, namentlich in den Reihen des Freisinns, ernüchternd. So schrieb die «NZZ»: «Die *bürgerlichen Parteien* hatten unter der Devise ‚Vaterland' den Kampf in erster Linie gegen den Marxismus geführt. Wenn diese Problemstellung sich nicht durchdringend auswirken konnte, so liegt das zum guten Teil darin begründet, dass der Bürger eine Kommunalverwaltung in erster Linie nach ihrer Verwaltungstätigkeit und erst in zweiter Linie nach ihrer politischen Einstellung einzuschätzen geneigt ist.» (14) Damit gab sie indirekt zu, dass die im Wahlkampf gegen die rote Verwaltung vorgetragenen Anschuldigungen nicht berechtigt waren. Im übrigen war für die bürgerliche Sache weniger die Gegenüberstellung «hie Marxismus – hie Vaterland» verhängnisvoll als die besondere Färbung, die diese Gegenüberstellung durch das Bündnis

mit der Nationalen Front erhielt. Dass die Front nicht mitgeholfen hatte, den Sozialdemokraten den Garaus zu machen, sondern in die Reihen der Bündnispartner eingebrochen war, das war für die Bürgerblock-Politiker eine besonders bittere Pille. «Ein für allemal ist nun widerlegt . . . dass die politischen Eroberungen der Nationalen Front aus den marxistischen und nicht aus den bürgerlichen Reihen stammen, aus welch letzteren doch die Führer der Bewegung alle hervorgegangen sind», hielt die «NZZ» fest. (15) Und im «Bund» meinte Ernst Schürch: «Die Probe aufs Exempel ist gemacht, wie man den Marxismus nicht bekämpfen soll. Mag man sich's überall merken.» (16) Dass das Fiasko die bürgerlichen Parteien dazu zwang, zu überprüfen, ob der «grosse, entscheidende Zweck», das heisst der Kampf gegen die Sozialdemokratie, tatsächlich alle Mittel rechtfertige, war nicht das unwichtigste Ergebnis der Wahlen vom 24. September 1933.

Tabelle 1

Zürcher Gemeinderat (Grosser Stadtrat)
Entwicklung der Parteienstärke 1928 bis 1933

Parteien	Stimmenanteil in %			Sitzverteilung		
	1928	1931	1933	1928	1931	1933
Sozialdemokraten	44,2	47,4	47,8	59	63	63
Freisinnige	29,9	25,0	16,9	41	35	28
Christlichsoziale	9,6	9,8	8,3	10	11	13
Demokraten	10,2*	8,1	7,5	10	9	6
Kommunisten	6,0	5,8	4,7	5	6	2
Wilde	0,1					
Evangelische Volkspartei		2,9	2,3		1	
Vereinigte bürgerliche Liste		1,0	0,6			
Nationale Front			7,7			10
Bauern- und Bürgerpartei			4,2			3
	100,0	100,0	100,0	125	125	125

* + Evangelische Volkspartei

Tabelle 2

Wahl des Stadtrates vom 24. September 1933
Stimmenzahl der Kandidaten

Dr. Emil Klöti	soz.	43 565
Jakob Baumann	soz.	40 112
Jakob Gschwend	soz.	39 638
Bernhard Kaufmann	soz.	39 599
Jean Briner	soz.	38 704
Dr. Joachim Hefti	freis.	33 522
Dr. Robert Briner	dem.	33 487
Gustav Kruck	freis.	33 346
Otto Sing	dem.	33 089
Dr. Emil Buomberger	chr.-soz.	33 080
Dr. Robert Tobler	Nationale Front	26 727

Das absolute Mehr von 23 943 Stimmen wurde von allen sozialdemokratischen und bürgerlichen Kandidaten erreicht. Als überzählig fielen Buomberger und Tobler aus der Wahl.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu: Zeitung als Ausdruck ihrer Zeit, «Profil» 12/1973, Seiten 335—341.
2 Vgl. zur Sitzverteilung im Gemeinderat 1928—1933: Tabelle 1, unten, Seite 40. Alle statistischen Angaben im vorliegenden Artikel nach: Statistik der Stadt Zürich, Heft 34 (Zürcher Frühjahrswahlen 1928), Heft 37 (Zürcher Märzwahlen 1931) und Heft 41 (Zürcher Gemeindewahlen vom 24. September 1933).
3 «Front» 6/15. September 1933.
4 Vgl. Tabelle 2, unten, Seite 40.
5 «Front» 4/8. September 1933.
6 Ebenda.
7 «Front» 5/12. September 1933.
7 «Front» 5/12. September 1933.
8 «National-Zeitung» 443/25. September 1933.
9 «NZZ» 1718/24. September 1933.
10 «Front» 8/22. September 1933.
11 «Volksrecht» 224/23. September 1933.
12 Vgl. Tabelle 1.
13 Vgl. Tabelle 2.
14 «NZZ» 1720/25. September 1933.
15 «NZZ» 1724/25. September 1933.
16 «Bund» 447/25. September 1933.

«Deshalb wurde am Samstag vor der Wahl der historisch berühmt gewordene Fackelzug des nationalen Zürichs über die Sihl hinaus organisiert. Ein Professor der kantonalen Handelsschule, ein Namensvetter des nachmaligen Bundesrates Wetter, Hauptmann bei den Radfahrern, hatte die Ehre, diesen mächtigen Heereszug militärisch zu organisieren. Auch ich möchte bekennen, dass ich an diesem Fackelzug teilnahm, mit vielen Hunderten von freisinnigen Bürgern, Christlich-Sozialen und Frontisten. Jeder bekam eine Fackel in die Faust gedrückt, Sammlung der Heeressäule war der Platz beim Bellevue, wo sonst der ‚Böögg' verbrannt wird. An der Spitze des Zuges wehte die Fahne der Frontistenpartei und spielte eine christlich-soziale Arbeitermusik. Zwar war es schon bei Beginn des Marsches offensichtlich, das die besseren Herren des Freisinns nur mit halbem Herzen mitmarschierten, und man sah viele schon im Selnau sich in die Seitengassen verziehen. Als dann die Spitze des Zuges mit Musik und Fackeln die Stauffacherbrücke überschritten hatte, wurde sie angegriffen, und ziemlich rasch verstummte die Feldmusik . . .»

Hans Zopfi in «Erinnerungen»